



## Kommentar

Julia Ortner

# Was tun gegen den Hass und den Schmerz?

Ein knappes Viertel der Wählerschaft des deutschen Bundeslandes Thüringen hat AfD (Alternative für Deutschland) gewählt, eine Partei, deren Landes-Vorsitzenden Björn Höcke man laut Gerichtsurteil als Faschist bezeichnen kann. Seit der

„Heute muss die Politik viel mehr dorthin gehen, wo **die Probleme** liegen, wo es weh tut.“

Wahl vor einer Woche beschäftigt sich Deutschland nicht nur mit der schwierigen Koalitionsbildung (stärkste Partei wurde mit 31 Prozent die Linke mit ihrem Ministerpräsidenten Bodo Ramelow, einem gemäßigten Links-Politiker), sondern mit der Ursachenforschung und der Frage: Was tun mit der AfD-Anhängerschaft, die keine Scheu vor rechtsextremen Ausformungen hat?

Der streitbare „Spiegel“-Journalist Hasnain Kazim, derzeit Österreich-Korrespondent, schrieb am 1. November einen Tweet, der ihm viel Zustimmung, aber auch viel Hass einbrachte: „Es geht nicht darum, AfD-Wählerinnen und Wähler zu ‚erreichen‘. Es geht darum, sie auszugrenzen, zu ächten, sie klein zu halten, ihnen das Leben schwer zu machen, sie dafür, dass sie Neonazis und Rassisten den Weg zur Macht ebnen wollen, zur Verantwortung zu ziehen.“ AfD-Politiker tobten, ein rechtsextremer Mob stürzte sich im Netz auf Kazim. Ein paar Tage danach erklärt er noch einmal, welchen Hassbotschaften er ausgesetzt ist und wie die AfD Stimmung macht – menschlich ist sein Zorn nachvollziehbar. Doch man kann in der Praxis einen Teil der Bevölkerung nicht einfach ausgrenzen. Das hasserfüllte

Klima würde man so auch nicht verbessern, im Gegenteil.

### Ein Job ist nicht alles

Also, was könnte man tun? Zuerst ist es wichtig festzustellen: Nicht alle AfD-Wähler sind (Neo)-Nazis. Gegen jenen Teil von ihnen, die faschistische Ideen und Menschenverachtung verbreiten, muss die Gesellschaft (Medien, Institutionen, wir alle) klar auftreten, wir tragen diese Verantwortung aus unserer Geschichte. Der Rechtsstaat muss neue Mittel gegen rechtsextreme Umtriebe finden, die Polizei muss bei Straftaten hart durchgreifen.

Früher waren die Kirchen und Parteien Orte der Begegnung, wo sich Menschen austauschen konnten. Heute muss die Politik viel mehr dorthin gehen, wo die Probleme liegen, wo es weh tut – und dem Schmerz ins Auge blicken, wie es der Soziologe Harald Katzmaier beschreibt: Menschen brauchen mehr als einen Job und finanzielle Mittel, sie wollen auch die Welt verstehen, soziale Bindungen und Anerkennung. „Wenn etwas davon nicht funktioniert, kann eine Gesellschaft krank und bitter werden. Der Hass ist auf psychologischer Ebene oft auch ein Schmerzzustand“, sagt Katzmaier.

Am Ende ist das, was Menschen für ein gelingendes Leben benötigen, für alle gleich. Es ist Aufgabe der Politik, sich direkt mit diesen Bedürfnissen zu konfrontieren. Und mitzuhelfen, die Welt besser zu verstehen.



**JULIA ORTNER**  
julia.ortner@vn.at

Julia Ortner ist Journalistin mit Vorarlberger Wurzeln und lebt in Wien. Podcast: @ganzoffengesagt